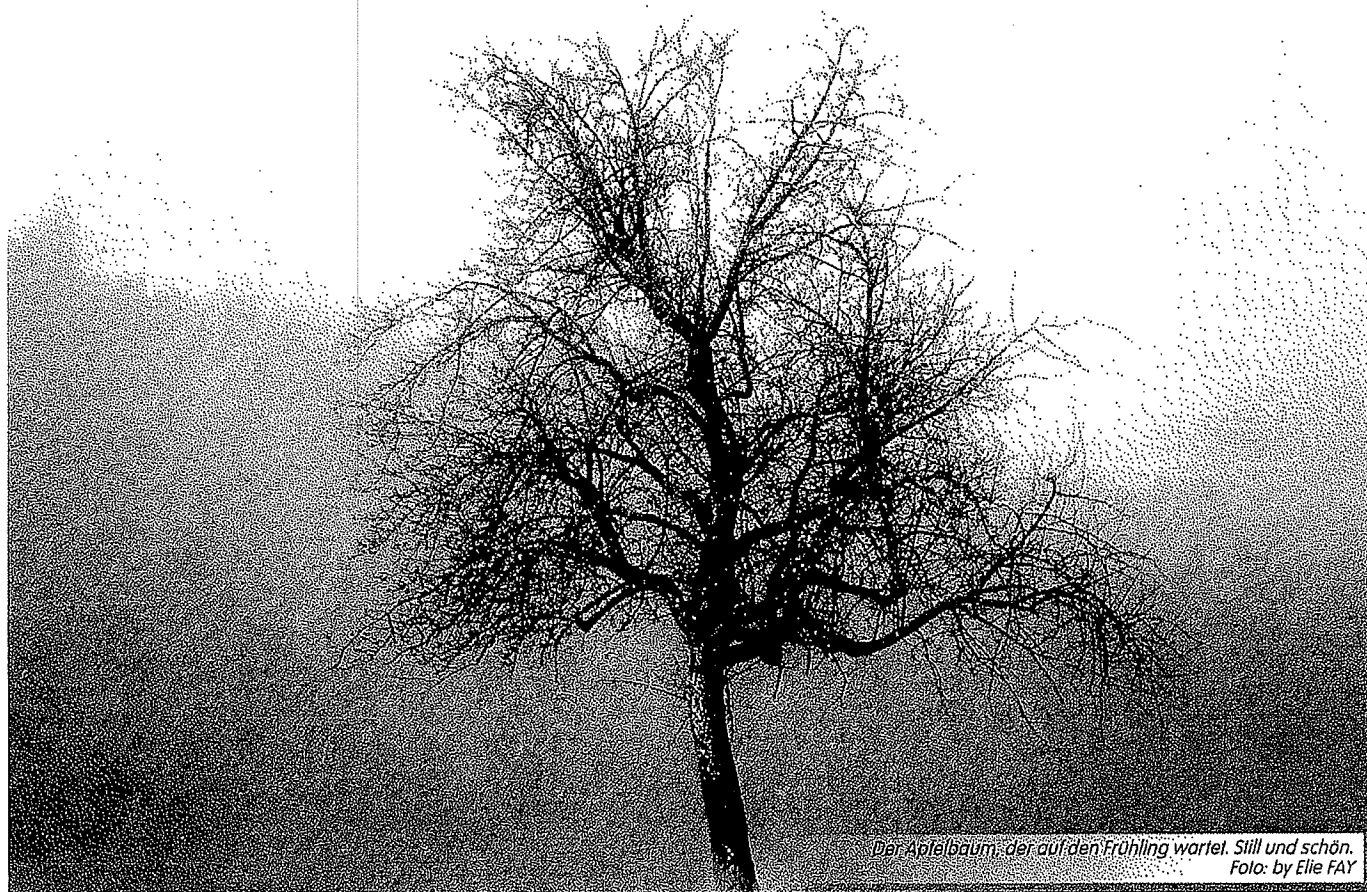


ÖStA

Beleg - Exemplar

Österreichisches Standesamt

Fachzeitschrift für Personenstands-, Ehe- und Staatsbürgerschaftsrecht, samt E-Government und Meldewesen



*Der Apfelbaum, der auf den Frühling wartet. Still und schön.
Foto: by Elie FAY*

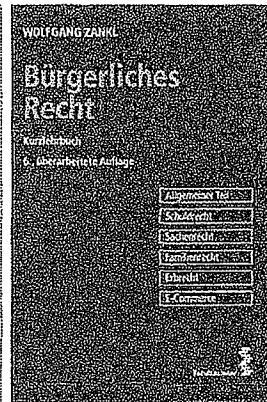


Herausgegeben vom Fachverband
der österreichischen Standesbeamtinnen
und Standesbeamten

Mitglied des Europäischen Verbandes der
Standesbeamtinnen und Standesbeamten (EVS)



Bürgerliches Recht – Kurzlehrbuch



Wolfgang Zankl, Bürgerliches Recht, Kurzlehrbuch, 6., überarbeitete Auflage, Facultas Verlags- und Buchhandels AG, Wien 2012, 383 Seiten, broschiert, € 38,00.

Aus dem Covertext: Das moderne Zivilrecht wird vor dem Hintergrund europäischer Gesetzgebung immer internationaler, im Zusammenhang mit der Informationstechnologie immer elektronischer und infolge anhaltender Gesetzesflut immer unüberschaubarer. Das Kurzlehrbuch trägt diesen Entwicklungen Rechnung:

- Es enthält eine komprimierte Darstellung, die dem Anfänger eine Einführung und Fortgeschrittenen sowie insbesondere auch Praktikern einen kompakten Überblick vermittelt. Das Kapitel Update informiert schnell über die neueste Rechtslage und Rechtsprechung.
- Es behandelt die Grundlagen und Sondergesetze des E-Commerce-Rechts, das seinen normativen Ausgangspunkt im bürgerlichen Recht hat.

- Die sechste Auflage wurde durchgehend überarbeitet und mit Nachweisen aktueller Judikatur und Literatur erweitert.

Der Autor, Dr. Wolfgang Zankl, ist:

- ao. Universitätsprofessor am Institut für Zivilrecht der Universität Wien (www.zankl.at)
- Direktor des europäischen Zentrums für e-commerce und Internetrecht (www.e-center.eu)
- Verfechter von Informationsfreiheit im Internet („freedom of exchange of information, said Wolfgang Zankl“, New York Times)

Nach dem Inhalts- und Abkürzungsverzeichnis folgt ein Update mit einer Zusammenstellung wichtiger Entwicklungen in Gesetzgebung und Rechtsprechung seit der letzten Auflage 2010. Besonders der Teil „B. Rechtsprechung“ bietet eine umfangreiche Auflistung zahlreicher OGH-Entscheidungen ua auch zum Familienrecht. Mit einer Übersicht zu wichtigen Entscheidungen des OGH, einem Paragrafenregister und Stichwortverzeichnis wird dieses wiederum gelungene Werk abgerundet.

Johann Fally



Internationales Ehe- und Kindschaftsrecht mit Staatsangehörigkeitsrecht

Verlag für Standesamtswesen, Frankfurt am Main

Zur 195. Lieferung

- | | |
|------------------|--|
| Albanien | Am 1.7.2011 ist ein neues Gesetz vom 2.6.2011 über internationales Privatrecht in Kraft getreten, das ua die verstärkte Einbindung Albaniens in internationale Bezüge berücksichtigt. |
| Jordanien | Die umfassende Neubearbeitung berücksichtigt insbesondere das neue Gesetz über das Personalstatut von 2010 (Gesetz Nr 36/2010) sowie die Gesetze Nr 43/1967 über das Zivilgesetz, Nr 24/1988 über die Zivilverfahren, Nr 31/1959 über die Grundsätze der schariarechtlichen Verfahren, Nr 2/1938 über die Räte der nichtmuslimischen Religionsgemeinschaften, Nr 8/1952 über die Vollstreckung ausländischer Urteile und Nr 9/2001 über den Personenstand. |
| Malta | Mit der Aktualisierung werden insbesondere die Einführung der Ehescheidung durch ein Gesetz zur Änderung des Zivilgesetzbuchs mWv 1.10.2011 aufgenommen sowie die Entwicklung im Bereich der internationalen Abkommen und europäischen Rechtsakte auf den neuesten Stand gebracht. |
| Polen | Mit der Aktualisierung werden das neue Gesetz über das Internationale Privatrecht vom 4.2.2011, die Reform des internationalen Zivilverfahrensrechts im Zivilverfahrensgesetzbuch mWv 1. 7. 2009 sowie punktuelle Änderungen des Familien- und Vormundschaftsgesetzbuchs im Bereich der Eltern-Kind-Beziehungen in den Bericht aufgenommen. Im Übrigen wird die Entwicklung bei den EU-Verordnungen und den internationalen Abkommen auf den geltenden Stand gebracht. |
| Tunesien | Eine umfassende Aktualisierung wurde erforderlich insbesondere durch Änderungen im Staatsangehörigkeitsgesetz und Novellen des Gesetzbuchs über das Personalstatut betreffend das Volljährigkeits- und Ehemündigkeitsalter sowie die Personensorge und das Umgangsrecht. Neu aufzunehmen waren das Gesetz Nr 98-94 zur Einführung des Wahlgüterstands der Gütergemeinschaft, das Gesetz Nr 98-75 mit Bestimmungen über die gerichtliche Feststellung der Vaterschaft, Unterhalt, Sorgerecht und Namen verlassener Kinder oder Kinder unbekannter Abstammung sowie das Gesetz Nr 2001-31 über namensrechtliche Bescheinigungen. |
| Sonstige | Auf neue Entwicklungen in Japan und Madagaskar wird hingewiesen. |